

Bundesministerium für  
Soziales und Konsumentenschutz  
Stubenring 1  
1010 Wien

Wien, 19. Oktober 2007  
GZ 301.762/001-S4-2/07

**Betrifft: Bundesgesetz, mit dem das Kriegsopferversorgungsgesetz 1957, das Opferfürsorgegesetz und das Heeresversorgungsgesetz geändert werden**

Der Rechnungshof bestätigt den Erhalt des mit Schreiben vom 27. September 2007, GZ BMSK-40101/0012-IV/5/2007, übermittelten Entwurfs eines Bundesgesetzes, mit dem das Kriegsopferversorgungsgesetz 1957, das Opferfürsorgegesetz und das Heeresversorgungsgesetz geändert werden und teilt mit, dass aus der Sicht der Rechnungs- und Gebarungskontrolle keine Bedenken gegen die vorgeschlagenen Maßnahmen bestehen.

Von dieser Stellungnahme werden 25 Ausfertigungen dem Präsidium des Nationalrates und zwei Ausfertigungen dem Bundesministerium für Finanzen übermittelt.

Der Präsident:  
Dr. Josef Moser

F.d.R.d.A.: